

# presse

---

AG Gesundheit  
AG Arbeit und Soziales

## **SPD-Bundestagsfraktion will Rehabilitation stärken**

*Heike Baehrens, zuständige Berichterstatterin in der AG Gesundheit;  
Martin Rosemann, zuständiger Berichterstatter in der AG Arbeit und Soziales:*

### **SPD-Bundestagsfraktion beschließt Positionspapier zur Stärkung der Rehabilitation und skizziert Handlungsschritte zur Weiterentwicklung.**

„Wir werden älter. Wir arbeiten länger. Und wir wollen – auch im Alter – gesund und selbstbestimmt leben. Neben der Prävention leistet die Rehabilitation dazu einen wichtigen Beitrag. Nicht nur für den Einzelnen, sondern auch volkswirtschaftlich spielt der Erhalt unserer Gesundheit eine große Rolle. Daher wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Wirksamkeit von Rehabilitation bei allen Akteuren fördern.

Für Rehabilitation sind unterschiedliche Rehabilitationsträger wie die Rentenversicherung und die Krankenversicherung mit sich teilweise überschneidenden Verantwortungsbereichen zuständig. Wir wollen, dass die Antragsverfahren trägerübergreifend vereinfacht werden. Vor allem die großen Rehabilitationsträger müssen mehr an einem Strang ziehen, um die Zugänge zur Rehabilitation für alle Menschen deutlich zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir wollen prüfen, inwiefern das aktuelle Genehmigungsverfahren durch ein Verordnungsverfahren ersetzt werden kann.

Um eine lückenlose Versorgung zu gewährleisten, müssen die medizinische und berufliche Rehabilitation besser verzahnt sowie die Nachsorge gestärkt und bereits während der Rehabilitationsmaßnahme mitgedacht werden. Für besondere Bedarfe, zum Beispiel von Kindern oder älteren Menschen, brauchen wir innovative Konzepte und flexible, barrierefreie Angebote. Auch ambulante wohnortnahe und mobile Rehabilitationsangebote müssen zur Verfügung stehen.

Auch die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Finanzierung von Rehabilitation wollen wir weiterentwickeln und das Rehabilitationsbudget gegebenenfalls in die Entscheidungskompetenz der Selbstverwaltung

übertragen.“